PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH !

Rote Fahne

TRIBÜNE DER MARXISTEN-LENINISTEN IN DER KPÖ

Jgg.1964 / Nr.19 (23) 1.November Einzelpreis S 3,-

UNSEREN GRUSS

DEN HELDEN DER OKTOBERREVOLUTION, IHREM UNZERSTÖRBAREN WERK UND ALLEN JENEN, DIE ES HEUTE VERTEIDIGEN UND FORTFÜHREN - IN DER SOWJETUNION, IN CHINA UND IN ALBANIEN, IN VIETNAM UND KOREA, IN ALLEN LÄNDERN UND KONTINENTEN DER ERDE !



Vor 47 Jahren: der Sturm auf den Winterpalast im Oktober 1917

Die antisowjetische Kampagne der österreichischen Chruschtschowianer

Das Wehgeschrei, das die westlichen Imperialisten, ihre Zeitungsschreiber und anderen Sachwalter anläßlich des Sturzes von Chruschtschow erhoben haben, war nicht nur Ausdruck ihrer Bestürzung darüber, daß der Mann gefallen war, auf den sie ihre größten Hoffnungen gesetzt hatten, sondern auch ein Versuch, einen weltweiten Druck auf die Sowjetunion auszuüben, um ihre Wiederbesinnung auf eine revolutionäre, marxistisch-leninistische Politik, deren Ergebnis die Wiedererringung der traditionellen Einheit des sozialistischen Lagers und der kommunistischen Weltbewegung wäre, zu torpedieren. Auf Seite der Antikommunisten und Konterrevolutionäre sind diese Gefühle und Absichten durchaus verständlich.

Anders ist es bei den Führern jener europäischen Kommunistischen Parteien, die - in ekelerregender Gemeinsamkeit mit der antisowjetischen Hetzpresse - nicht nur ein ähnliches Wehgeschrei erhoben haben, sondern auch ihrerseits die frechste Einmischung in die innersowjetischen Angelegenheiten betreiben und einen unverhüllten Druck auszuüben versuchen, um die verräterische Politik Chruschtschows um jeden Preis zu retten. Diesen im vollen Sinn des Wortes reaktionären Versuchen haben sich - mit einem Eifer und einem Stimmaufwand, der einer besseren Sache würdig wäre und den sie bei positiven Dingen völlig vermissen lassen - auch die führenden Revisionisten im Polbüro der KPÖ und in der Redaktion der "Volksstimme" angeschlossen.

Zur Freude der bürgerlichen Presse hat die "Volksstimme" schon am 17.Oktober, am Tag nach der Mitteilung über die Absetzung Chruschtschows, mit demonstrativen Lobeshymnen auf ihn begonnen, die Mitteilungen über seine Absetzung als "unbefriedigend" kritisiert und nicht nur gefordert, daß das ZK der KPdSU "in ausreichender Weise" zu den erfolgten Umbesetzungen Stellung nehme, sondern daß auch "Genosse Chruschtschow selbst" zu Wort komme.

Am 18.Oktober wiederholte die "Volksstimme" ihre Kritik an der Absetzung Chruschtschows und verlangte zum zweitenmal, das ZK der KPdSU und Chruschtschow selbst müßten "in ausreichender Weise" Stellung nehmen.

Die am dritten Tag folgende Kritik war noch schärfer. Die "Volksstimme" wiederholte am 20.Oktober die wichtigsten Stellen ihres Leitartikels vom 17.d.M. und klagte die Sowjetunion an, die Tatsache und Form der Ablösung Chruschtschows hätten "gewisse Elemente der Unruhe und Unsicherheit in die Weltpolitik getragen".

Der vierte, in Ton und Inhalt neuerlich verschärfte Angriff folgte am 21.Oktober und nahm die sowjetische Demokratie aufs Korn. In ihrem - wie in den Tagen zuvor wieder ungezeichneten - Leitartikel erklärte die "Volksstimme": "Die Art und Weise, wie der Wechsel an der Spitze der Sowjetregierung und der KPdSU vollzogen worden ist, halten wir

für einen Hinweis darauf, daß die Aufgabe der Entfaltung und Erweiterung der sozialistischen Demokratie auch in der Sowjetunion...noch nicht bewältigt ist und mit ganzer Kraft vorangetrieben werden muß... Die Fehler, die beim letzten (!) Führungswechsel gemacht wurden, widersprechen dem Wesen der sozialistischen Demokratie ..."

Am 22. Oktober folgte der fünfte Angriff: Die KPÖ könne es "nicht gutheißen, Chruschtschow sozusagen zur 'Unperson' zu erklären". Es ist unseres Wissens das erste Mal, daß in einem Zentralorgan einer Kommunistischen Partei die Sprache und Begriffswelt des extrem antisowjetischen Reaktionärs George Orwell übernommen wurde.

Am sechsten Tag steigerte sich die Kampagne zu einem Leitartikel der "Volksstimme", in dem nicht nur " die unserem demokratischen Empfinden widersprechende Art, in der der Führungswechsel in der Sowjetunion vollzogen wurde" kritisiert wird, sondern eine Art Leistungsschau darüber erfolgt, wie oft die KPÖ-Führung angeblich schon die KPdSU kritisiert und sich von ihr abgegrenzt habe. Auch der politisch Trainierte reißt hier die Augen auf, denn unter anderem wollen die österreichischen Chruschtschowianer, die wegen ihrer besonders niederträchtigen und skrupellosen Hetze gegen die KP Chinas berüchtigt sind, gegen die Formen der Polemik der sowjetischen Revisionisten gegen die KP Chinas aufgetreten sein! Das Erstaunen wächst, wenn man schließlich erfährt, die KPÖ habe auch ihre Auffassungen in der nationalen Frage Österreichs gegen die führenden Männer der Sowjetunion, insbesondere gegen Stalin, im zähen Kampf durchsetzen müssen! Das schreiben jetzt dieselben Leute, die seinerzeit nicht müde wurden, die außerordentlichen Verdienste gerade Stalins und anderer sowjetischer Führer in bezug auf die nationale Frage Österreichs zu feiern!

Anscheinend war den österreichischen Chruschtschowianern auch dieser Salto Mortale noch nicht genug, weswegen sie am siebenten Tag Fürnberg selber zu Wort kommen ließen, dessen Wendigkeit nachgerade olympiareif wird. Die Art, wie der Wechsel in der sowjetischen Führung erfolgte, sei "nicht richtig" gewesen, erklärt Fürnberg und fügt hinzu: "Wir halten es für unrichtig, daß in einem sozialistischen Land ein Mann, der durch Jahre der Hauptexponent der Partei und des Landes war und der unzweifelhaft bedeutende Verdienste hat, aus seiner Funktion ausscheidet, ohne daß das Volk über die Ursachen dieser Änderung informiert wird."

Aus dem Inhalt:

Wir wollen davon absehen, daß diese von Fürnberg geforderte Information des sowjetischen Volkes ja eben im Massenumfang erfolgte (wie er auch der bürgerlichen Presse hätte entnehmen können), denn viel wichtiger scheint uns, w e r da aufbegehrt!

Es sind ausgerechnet jene, die den Chruschtschowschen Putsch bis ins kleinste Detail mitmachten, die begeistert einstimmten, als der jahrzehntelange Repräsentant der Sowjetunion und der kommunistischen Bewegung plötzlich zum Mörder und Verbrecher erklärt, beschimpft und besudelt, selbst als Leiche noch mißhandelt, aus dem Mausoleum gezerrt und geschändet wurde!

Es sind jene, die nicht den kleinsten Schönheitsfehler daran fanden, als Chruschtschow auf seinem Weg zur Macht nicht zögerte, eine ganze Reihe von Leuten aus der Umgebung Stalins hinrichten oder ohne jede Gerichtsverhandlung einfach über den Haufen schießen zu lassen! Hat je irgendjemand gehört, daß Fürnberg Aufklärung über die Erschießung Berias, über die Hinrichtung Abakumows, Poskrebyschews, Bagirows, Rumins und anderer Funktionäre gefordert hätte? Hielt er es je für "unrichtig", daß diese - auch von der "Volksstimme" registrierten! - Hinrichtungen auf Grund von Materialien erfolgten, die die Öffentlichkeit b i s h e u t e n i c h t k e n n t ?

Und wo blieb das jetzt plötzlich so gestörte "demokratische Empfinden" der Fürnberg, Marek und anderen, als der von ihnen so hingebungsvoll verteidigte Chruschtschow der Reihe nach Malenkow, Bulganin, Molotow, Kaganowitsch, Schepilow, Schukow, Perwuchin und viele andere führende Funktionäre ausschaltete? Hat man je vernommen, daß sie gegen die "Art und Weise", wie etwa der bedeutendste noch lebende Vertreter der alten Bolschewiki, die die Oktoberrevolution organisierten und durchführten, Genosse Molotow, zum "Parteifeind" erklärt und schimpflich verjagt wurde?

Auch die böswilligen, öffentlichen Verleumdungen des heroischen Albanien durch Chruschtschow, der rücksichtslose Bruch aller Verträge mit dem sozialistischen China, die Waffenlieferungen an ein gegen ein Mitglied des sozialistischen Lagers kriegführendes kapitalistisches Land - alles das hat ihr "demokratisches Empfinden" ohne den kleinsten Widerspruch ertragen - aber j e t z t a u f e i n m a l, da es um die Person Chruschtschows und um die Pöstchen seines Hofstaates geht, reagiert es so empfindlich?

Wir wollen es nicht verhehlen: auch wir halten die innerparteiliche und innerstaatliche Demokratie in der Sowjetunion nicht für so, wie sie in einem Land der Arbeitermacht s e i n s o l l t e - die Chruschtschow-Sippe hätte sonst weder die Führung erlangen, noch sie so lange behaupten können.

Was uns von den Fürnbergs und Mareks jedoch grundsätzlich unterscheidet, ist die Tatsache, daß sie die sowjetische Demokratie der b ü r g e r l i c h e n Demokratie des Westens anpassen wollen, sie mit d e r e n Maßstäben messen und von r e c h t s h e r kritisieren - während wir sowohl ihre Rückschläge als auch ihre Fortschritte im Lichte der Erfordernisse der p r o l e t a r i s c h e n

Demokratie, der konsequenten, wirklich auf die Massen gestützten Diktatur des Proletariats beurteilen, die - wie L e n i n lehrte - millionenfach demokratischer ist als die vollkommenste bürgerliche Demokratie.

So erklärt es sich ja auch, daß die Revisionisten, die jahrelang und ohne die geringsten Bedenken auch die beschämendsten Eskapaden Chruschtschows, seine haarsträubendsten Kapriolen und schandbarsten Missetaten nicht nur gegen jedes demokratische Empfinden, sondern gegen alle Grundsätze des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus verteidigten und nachahmten, a u s g e r e c h n e t j e t z t, da sich der sozialistische Organismus von seinem ärgsten Bazillus befreit hat und seine gesunden Abwehrkräfte den ersten großen Erfolg im Kampf gegen revisionistische Zersetzung und bürgerliche Degeneration errungen haben, mit einer ebenso aufgeregten wie ungewohnten "Kritik" reagieren!

Es ist klar, daß man ihnen längst nicht mehr glauben kann! Jenen, die i n i h r e r e i g e n e n P a r t e i jeden Widerstand gegen ihre schädliche Politik in der autoritärsten Weise abzuwürgen suchen, im eigenen Bereich ohne alle Hemmungen sämtliche Register des politischen und wirtschaftlichen Drucks ziehen, aus Leibeskräften administrieren, a b s e t z e n und a u s s c h l i e ß e n, geht es weder um ihr zartes "demokratisches Empfinden", noch um die Sorge um die gedeihliche Entwicklung der sozialistischen Demokratie, sondern um ihre Feindschaft gegen alles, was ihre reibungslose E i n o r d n u n g i n d i e b ü r g e r l i c h e G e s e l l s c h a f t, ihr Bestreben, "salonfähig" zu werden und es sich im Kapitalismus häuslich einzurichten, s t ö r e n könnte.

AUS IHNEN SPRICHT NICHT DIE STIMME DES DEMOKRATISCHEN UND HUMANISTISCHEN GEWISSENS, SONDERN DIE SCHLOTTERNDE ANGST, DIE VERJAGUNG DES OBERREVISIONISTEN CHRUSCHTSCHOW IN DER SOWJETUNION KÖNNTE AUCH ZUM STURZ SEINER KOMPROMITTIERTESTEN WERKZEUGE IN ÖSTERREICH FÜHREN!

Und wie ist es mit der " S e l b s t ä n d i g k e i t " und " U n a b h ä n -

---

SO LEUGNETE DIE "VOLKSSTIMME" AM 17.10.1964 DIE ABSETZUNG DES "KRONPRINZEN" DER DYNASTIE CHRUSCHTSCHOW:

Ablösung Adshubejs bisher unbestätigt

UND SO GAB SIE DIESE ABSETZUNG MEHR ALS EINE WOCHE SPÄTER (25.10.) IN EINER 7-ZEILEN-MELDUNG KLEINLAUT ZU:

Stepakow an Stelle Adshubejs

Die Aufgabe einer kommunistischen Zeitung ist die A u f k l ä r u n g ihrer Leser. Die "Volksstimme" verwendet leider mehr Energie darauf, die Kenntnis bestimmter Tatsachen von ihnen f e r n z u h a l t e n.

g i g k e i t", die Fürnberg und andere Revisionisten so plötzlich betonen? Auch hier sagt der Z e i t p u n k t solcher "Unabhängigkeitserklärungen" mehr als alles andere. Warum ausgerechnet jetzt, warum nicht schon in den vergangenen a c h t J a h r e n , warum nicht 1956 und 1961, wo das so notwendig gewesen wäre?

Nein, Genosse Fürnberg, und nein, liebe "Volksstimme", eure so taufrische Distanzierung von den Vorgängen in der Sowjetunion hat nichts mit Unabhängigkeit zu tun, sondern demonstriert nur eure v ö l l i g e A b h ä n g i g k e i t v o m e x t r e m s t e n R e v i s i o n i s m u s , eure Unfähigkeit, eine andere als eine revisionistische Politik zu betreiben! Jede Rechtsschwenkung, jeden Schritt tiefer in den revisionistischen Sumpf bedingungslos mitzumachen, sein "kritisches" Talent und seine "Autonomie" aber sofort zu entdecken, wenn sich das Blatt wendet und dem Revisionismus ein Schlag versetzt wird - das ist eine verdächtige "Unabhängigkeit"! Es ist nichts als die Unabhängigkeit vom proletarischen Klassenstandpunkt, die Unabhängigkeit von aller revolutionären Vernunft, die U n a b h ä n g i g k e i t v o m M a r x i s m u s - L e n i n i s m u s !

Das wird durch die große Beachtung, die die antisowjetische Kampagne der österreichischen Chruschtschowianer bei der bürgerlichen Presse des In- und Auslands gefunden hat, nur noch b e s t ä t i g t . Die "Volksstimme" hatte am 22. Oktober den traurigen Mut, sich mit dem "s t a r k e n E c h o" zu brüsten, das ihre Kampagne gegen die Absetzung Chruschtschows in einer ganzen Reihe großbürgerlicher Zeitungen fand, die der KPÖ sonst äußerstenfalls einen gehässigen Nebensatz widmen. Und es ist wahr: seit vielen Jahren kam es erstmals dazu, daß so betont großbürgerliche Blätter wie die "Times", "Le Monde", die "Neue Zürcher Zeitung" usw. insbesondere die österreichische "Volksstimme" als Beweis dafür zitierten, welche tiefe "Krise" in der kommunistischen Weltbewegung durch die Absetzung Chruschtschows entstanden sei. Die westdeutsche Bourgeoiszeitung "Frankfurter Allgemeine" druckte am 19. Oktober sogar einen Großteil des "Volksstimme"-Leitartikels vom 17.10. im Wortlaut ab - welche Beachtung, welche Ehre, welche Bestätigung der "Unabhängigkeit"! Wie verbürgerlicht, wie sehr dem proletarischen Klassenbewußtsein und Klassenstolz entfremdet muß man sein, wenn man sich über eine solche Art der "Beachtung" noch freut, statt sie als S c h a n d e , als Ausdruck der völligen V e r k e h r t h e i t und Abwegigkeit einer Haltung zu erkennen, die zu einer solchen Tuchfühlung mit der Argumentation der Großbourgeoisie führt!

FÜRNBERG, MUHRI, SCHARF - WESSEN DELEGIERTE ?

Schließlich muß man auch zu der revisionistischen Reisegesellschaft, die sich am 26. Oktober von Wien nach Moskau begeben hat, ein offenes Wort sagen. W e n r e p r ä s e n t i e r t d e n n d i e s e G r u p p e ? Die "Volksstimme" hat Fürnberg, Muhri und Scharf als eine "Delegation des Zentralkomitees der KPÖ" vorgestellt, aber das sind sie n i c h t ! Wurde denn wirklich das Z e n t r a l k o m i t e e darüber befragt, o b eine solche demonstrative Delegation, die eher auf eine versuchte Intervention für den gestürzten Chruschtschow hinausläuft, über-

haupt abgesandt werden sollte, aus w e l c h e n Leuten sie bestehen, welchen A u f t r a g sie erfüllen, welche Informationen sie geben und einholen sollte, welche Wünsche und Standpunkte sie in Moskau vertreten sollte? N e i n ! Seit Chruschtschows Sturz ist das Zentralkomitee der KPÖ ja g a r n i c h t z u s a m m e n g e r u f e n worden und konnte darum auch garnicht seinen Willen kundtun! Angesichts einer neuen Lage, für die es keinerlei Richtlinien gab und die daher u n b e d i n g t ein Plenum des ZK erfordert hätten, wurde diese merkwürdige "Delegation" völlig autoritär von einem schwachen Dutzend von Leuten beschlossen und zusammengestellt, völlig autoritär wird sie in Moskau namens der ganzen Partei agieren und nach ihrer Rückkehr vor allem das berichten, was ihr paßt. Es ist kennzeichnend, daß die österreichischen Kommunisten die Zusammensetzung dieser sogenannten "Delegation" erst erfuhren, als diese s c h o n a b g e r e i s t war - und daß sie sie z u e r s t aus einer Nachrichtensendung des bürgerlichen Radios und dann erst aus dem Zentralorgan der Partei erfuhren!

Es ist haargenau dasselbe wie mit der ganzen antisowjetischen Kampagne, die die Revisionisten an der Parteispitze und in der Redaktion der "Volksstimme" plötzlich begonnen haben. Haben sie, als sie - Schulter an Schulter mit der gesamten antikommunistischen Presse - ihren Amoklauf zur Rettung Chruschtschows begannen, etwa ein Plenum, eine Parteikonferenz oder irgendeine Aktivistenversammlung befragt? Ihr "demokratisches Empfinden" kam auch ohne das aus. Unbekümmert darum, was die Parteimitglieder sagen und denken, was sie von Chruschtschow halten, unbekümmert darum, daß d i e A b s e t z u n g C h r u s c h t s c h o w s v o n t a u s e n d e n ö s t e r r e i c h i s c h e n K o m m u n i s t e n s e i t J a h r e n e r s e h n t wird und daß sie erst aus dem Verschwinden dieses Verräters wieder neue Hoffnung zu schöpfen begannen, unbekümmert um all das handeln einige unverbesserliche Revisionisten an der Spitze so, als wären s i e und n u r s i e die Partei! Der Genosse, der - die Stimmung zahlloser anderer Kommunisten teilend - an dem Abend, als die Nachricht von der Absetzung Chruschtschows kam, aus dem Bett sprang, um in sein "Gebiet" zu laufen, wo einige Genossen über den "Volksstimmen-Quiz" diskutierten, und ihnen zurief: "Genossen! Ich bringe Euch die schönste Nachricht meines Lebens: der Chruschtschow wurde gestürzt!" - was kümmert er Fürnberg. Die Briefe, in denen viele Genossen eben ihre G e n u g t u u n g über die Absetzung Chruschtschows ausdrücken - sie existieren für die "Volksstimme" einfach nicht und sie tut so, als ob es nur Klagekundgebungen über den Abgang ihres Idols gäbe. Aber in Moskau werden Fürnberg und Scharf mehr Demokratie erbitten und Muhri wird hinter ihnen stehen und nachdenklich dreinschauen.

Sowohl den sowjetischen als auch allen anderen Kommunisten gegenüber müssen wir daher feststellen und unterstreichen:

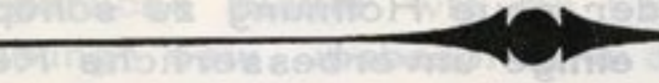
a) Fürnberg, Muhri und Scharf repräsentieren absolut nicht die KPÖ, auch nicht deren Zentralkomitee, sondern lediglich die offen r e v i s i o n i s t i s c h e G r u p p e in der Parteiführung. Sie können daher keineswegs im Namen der ganzen Partei, sondern nur im Namen ihres revisionistischen Flügels sprechen.

b) Sie sind nicht dazu qualifiziert, der KPdSU ein objektives Bild über die Lage in der KPÖ sowie über die Auffassungen, Standpunkte und Wünsche der Masse der Parteimitglieder und Funktionäre zu geben.

c) Sie bieten keine Gewähr für eine wahrheitsgetreue Berichterstattung über die Informationen und Erklärungen, die sie von seiten der KPdSU erhalten und die sie an die österreichische Partei weitergeben sollen.

Es ist unsere internationale Pflicht und auch eine Verpflichtung gegenüber unserer österreichischen Partei, das klarzustellen. DIE REVISIONISTEN SIND NICHT DIE PARTEI UND DIE PARTEI IST KEINE SUMME VON REVISIONISTEN! Die wirkliche KPÖ, ihren gesunden, revolutionären Kern, den Träger ihrer großen revolutionären Traditionen und all ihrer Zukunftshoffnungen bilden jene Genossen, die unverrückbar auf dem Boden des Marxismus-Leninismus stehend den Kampf gegen den Revisionismus führen. Und dieser gesunde Kern der Partei <u>begrüßt nicht nur aus ganzem Herzen die Absetzung des Schädlings Chruschtschow und einiger seiner kompromittiertesten Werkzeuge</u>, sondern steht unbeirrbar und für alle Zukunft an der Seite der sowjetischen Genossen, die getreu den Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin vor 47 Jahren die Oktoberrevolution zum Sieg führten, den Sozialismus erfolgreich aufbauten und verteidigten und heute im schweren Kampf stehen, um zu verhindern, daß der Revisionismus das große Werk zerstört, das die sowjetische Arbeiterklasse und das werktätige Volk unter so heroischen Opfern errichtet haben.

F.St.



Unsere Stimmen entschieden!

DIE "ROTE FAHNE" ZU DEN WAHLEN VOM 25. OKTOBER 1964

Die Wahlen sind vorbei, die Plakate werden mit Film- oder Seifenreklamen überklebt und das schlechte Gewissen der revisionistischen Parteiführer versteckt sich hinter Ausreden wie: "Es hätte schlimmer ausgehen können!", "Im Großen und Ganzen haben wir uns gehalten" usw. In Wien, wo die Partei im Vergleich zu 1959 "nur" 1.583, im Vergleich zu 1962 "nur" 5.282 Stimmen und "nur" einen von bisher drei Gemeinderatssitzen verlor, hatte Genosse Lauscher sogar den Mut, "unser Abschneiden als Erfolg zu werten". In Niederösterreich, wo die Stimmenverluste gegenüber 1959 und 1962 4.306 bzw. 2.306 betragen, und in Salzburg, wo die Partei die Hälfte ihrer Gemeinderatsmandate (3 von 6) verlor, fand niemand solchen Mut.

Trotz aller Beschönigungsversuche der Wahlergebnisse und trotz der unübersichtlichen Art, in der sie die "Volksstimme" veröffentlichte, haben die Mitglieder und Aktivisten unserer Partei aber doch begriffen, daß es sich um eine neue, weitere Niederlage handelt. Und mit Recht fragen sie sich: War sie unvermeidlich, mußte sie kommen? Hätten die Wahlen nicht bedeutend besser ausgehen können?

Die objektiven Voraussetzungen für einen Wahlerfolg waren keineswegs so schlecht, wie sie die Parteiführung jetzt darstellen möchte. Die fortschreitende Teuerung hatte große Unzufriedenheit, ja Empörung in weiten Kreisen des arbeitenden Volkes ausgelöst und das Bewußtsein der Massen, daß die Schuldtragenden an der Teuerung in beiden Koalitionsparteien sitzen, war stärker geworden. Gleichzeitig hatte die Olah-Krise zehntausende Sozialisten mit Erbitterung gegen ihre Parteiführung erfüllt und nährte das Bestreben, dieser einmal einen Denkzettel zu verabreichen. Andererseits fehlte die in früheren Jahren vor den Wahlen jeweils zu wüsten Formen gesteigerte antikommunistische Hetze diesmal weitgehend und standen der Partei in einem gewissen Maß sogar solche Massenbeeinflussungsmittel wie Radio und Fernsehen zur Verfügung. (Was allerdings nur zum Teil ein Erfolg des Kampfes der Partei, zum anderen Teil wohl auch Ausdruck



UNVERKENNBARE BEWUNDERUNG zollen die frommen Brüder den amerikanischen Raketen in Italien, die man zur Beförderung von Atomwaffen bereitstellt.

WENIGER GEFÄLLT ihnen der erste ATOMBOMBENTEST des sozialistischen China, der eine notwendige und der Erhaltung des Weltfriedens dienende Antwort auf die atomare Erpresserpolitik der USA darstellt. Das Vatikanblatt "Osservatore Romano" hat ihn eine "Sünde" und eine "Drohung" genannt, die "über die ganze Menschheit" komme.

Sie haben immer schon die Waffen gesegnet, die gegen die Völker gerichtet waren, bezeugen aber sofort ihren Abscheu, wenn sie sehen, daß die Bedrohten nicht mit einem "Vergelt's Gott!" antworten.

des Umstandes ist, daß sie seitens der Koalitionsparteien nicht mehr als allzu "gefährlich" betrachtet wird).

Immerhin - die objektiven Voraussetzungen für einen Stimmengewinn waren günstig. Sie wurden dadurch weiter verbessert, daß selbst jene Mitglieder der Partei, die zur revisionistischen Politik ihrer Führung in schroffem Widerspruch stehen, den Aufruf der "Roten Fahne" als richtig erkannten und befolgten, trotz aller Gegnerschaft zum Revisionismus die Parteilisten zu wählen.

Ohne unbescheiden zu sein, können wir es als sicher betrachten, daß der in mehreren tausend Exemplaren gezielt verbreitete und an die zwei- bis dreifache Zahl von Wählern herangekommene Aufruf der "Roten Fahne", die Revisionisten nicht mit der Partei zu verwechseln und allen persönlichen Gefühlen, allen Kränkungen, Maßregelungen und Ausschlüssen zum Trotz KLS zu wählen, hunderte Stimmen gebracht hat, die andernfalls ausgeblieben wären.

Die elf Stimmen aber, die in Wien erforderlich waren, um die 5-Prozent-Hürde zu überspringen und zumindest zwei Gemeinderatsmandate zu erlangen, hat allein das Redaktionskollektiv der "Roten Fahne" abgegeben - und noch 20 Stimmen dazu.

OB DIE PARTEIFÜHRUNG, OB SPEZIELL DIE GENOSSEN LAUSCHER UND HAUSNER, DIE NUN AUF DEN SESSELN SITZEN, DIE SIE OHNE UNS MIT SICHERHEIT VERLOREN HÄTTEN, AUCH JETZT NOCH ERZÄHLEN WERDEN, WIR SEIEN "PARTEIFEINDE" UND "SPALTER" ?

WIR FÜRCHTEN LEIDER, SIE WERDEN ES! ABER GLAUBEN WIRD MAN IHNEN DAS JETZT NOCH WENIGER ALS FRÜHER UND DARAUF KOMMT ES AN !

Die Vernunft und Diszipliniertheit der Marxisten-Leninisten hat eine größere Niederlage der Partei verhindert und hat es unbestreitbar ermöglicht, daß die Partei, wenn schon nicht mehr im Parlament, so wenigstens im Landesmaßstab noch zwei Abgeordnete besitzt. Einen empfindlichen Rückgang der Wählerzahl konnten freilich auch sie nicht verhindern.

WIESO ABER IST ES DAZU GEKOMMEN ? WIESO KONNTEN DIE AN SICH NICHT UNGÜNSTIGEN BEDINGUNGEN NICHT AUSGENÜTZT WERDEN?

Die Antwort ist leicht zu finden: Weil eine defensive und im Grunde unpolitische Wahlkampagne, eine Kampagne, die den großen politischen Fragen ängstlich aus dem Weg geht und sich auf Verkehrsprobleme, Wohnungsfragen und Tagesforderungen beschränkt, von vornherein auf das verzichtet, was an den Kommunisten das Wesentliche, das im Vergleich zu allen anderen Parteien Besondere und Neue ist! Noch so viele Plakate und Postwurfsendungen können das nicht ersetzen!

Die Kommunisten haben früher in den Wahlkämpfen nicht nur das Ziel verfolgt, möglichst viele Stimmen und Mandate zustandezubringen, sondern die Wahlkampagne vor allem zur Politisierung der Massen zu benützen, sie von ihren kleinen Tagesfragen zum Verständnis der großen politischen Zusammenhänge zu führen, das anläßlich der Wahlen auflebende politische Interesse des Volkes zu revolutionären Erkenntnissen zu steigern. Die Beschränkung der Partei auf Tagesfragen, die fehlende

Verknüpfung der Tagesfragen mit den großen politischen Fragen hat die Erfüllung dieser entscheidenden Aufgabe in dieser Wahlkampagne unmöglich gemacht.

Sie hat sich aber nicht einmal stimmenmäßig bezahlt gemacht! Vergeblich hat es die Wahlpropaganda der Parteiführung vermieden, so "anstößige" Worte wie "Sozialismus" oder "Proletariat" zu verwenden, vergeblich hat sie den Wählern versichert, daß die Kommunisten und Linkssozialisten ja nur eine "gesunde Opposition" sein wollten und dass es bei diesen Wahlen garnicht um mehr gehe. Vergeblich wurde aus dem von der Wiener Konferenz beschlossenen Wahlaufruf unter Verletzung jeder innerparteilichen Demokratie nachträglich fast der gesamte politische Inhalt und der Begriff Sozialismus herauszensuriert.

Dieses solcherart entschärfte Wahlprogramm, das ohne weiteres auch Olah hätte verwenden können und das niemand mehr weh tat, fand so wenig Anklang, daß in Wien und Niederösterreich rund 280.000 Menschen lieber garnicht oder ungültig wählten als dieses programmlose Programm!

ALLEIN DIESE TATSACHE, DASS DIE ZAHL DER NICHTWÄHLER UND UNGÜLTIG-WÄHLER VIERMAL SO GROSS IST ALS DIE DER KOMMUNISTISCHEN WÄHLER, BEWEIST SCHON DEUTLICH, WIE WENIG ÜBERZEUGEND UND ANSPRECHEND DIE WAHLKAMPAGNE DER PARTEI WAR. Wer denn, wenn nicht vor allem diese 280.000 Unzufriedenen und Enttäuschten hätten ein klares Programm, eine wirkliche Alternative zu den demagogischen "Programmen" der bürgerlichen Parteien und der SP gebraucht, die zu wählen ihnen schon widerstrebte? Der gepflegte junge Herr auf dem KLS-Wahlplakat, der so nachdenklich vor sich hinblickte und so schöne Manschettenknöpfe hatte, hat sie freilich nicht überzeugt.

Auf der krampfhaften Suche nach positiven Ergebnissen der letzten Wahlen ist es nur zu verlockend, den Umstand als großen Fortschritt zu buchen, daß die FPÖ in Wien und in Niederösterreich ein Drittel bzw. ein Viertel ihrer Stimmen verlor. Doch man soll sich über die Ursachen dieser Entwicklung nicht täuschen. Zu bedeutenden Teilen sind sie in der Rechtsentwicklung der Koalitionsparteien zu suchen, die eine Polarisierung bei den früheren FPÖ-Wählern zur Folge hat. Insbesonders seitdem die ÖVP Klaus auf den Bundeskanzlerstuhl gesetzt hat, kommt diese Partei auch extremen "Bedürfnissen" vieler FPÖ-Anhänger immer besser entgegen, während es die SPÖ bekanntlich zu einem deutschnationalen Flügel gebracht hat, der sich von der FPÖ politisch kaum noch unterscheidet und unentwegt in die selbe Richtung drängt. Niemand darf sich daher einbilden, daß sich die Gefahr und Stärke der Reaktion in Österreich irgendwie verringert habe! Wenn die revolutionären Kräfte an Schwung und "Virulenz" verlieren, ist die Konzentration der Bourgeoisie auf die Parteien "rechts der Mitte" übrigens

eine gesetzmäßige Erscheinung. Sie zeigt nicht an, daß die Bourgeoisie "demokratischer" und duldsamer wird, sondern daß sie fest im Sattel sitzt und sich wenig bedroht fühlt. Die Kommunisten haben wenig Ursache, sich darüber zu freuen.

Die Wahlen vom 25. Oktober haben die volle Richtigkeit dessen bewiesen, was die "Rote Fahne" schon am Beginn des "kleinen Wahljahrs" (1.4.1964) feststellte: daß eine Politik, die sich auf die sogenannten "positiven", "rein sachlichen" Vorschläge und Wahlprogramme beschränkt, unsere großen Ziele aber verschweigt und negiert, die KPÖ in den Augen der Bevölkerung zum Schmiedl, die SP aber zum Schmied macht! Sie haben auch die Warnung der "Roten Fahne" vom 1. August bestätigt, daß das weitere Abgleiten zum Revisionismus in Österreich nicht einmal zu Wahlerfolgen, sondern zu noch katastrophaleren Rückschlägen führt. UND SO IST ES AUCH GEKOMMEN. SOLL ES SO WEITERGEHEN ?

Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Entweder damit fortzufahren, alles auf die Karte des Revisionismus und Opportunismus zu setzen und alle Mitglieder und Funktionäre, die sich einer solchen Politik widersetzen, zu diffamieren und zu maßregeln, abzusetzen und auszuschließen. UNBEDINGT IST DAS DER WEG ZU IMMER GRÖSSEREN, VERHEERENDEREN NIEDERLAGEN DER PARTEI!

Oder aber mit den Diffamierungen und Maßregelungen konsequenter Kommunisten aufzuhören, alle Absetzungen und Ausschlüsse zu annulieren und sich wieder auf jene Politik zu besinnen, die den marxistisch-leninistischen Grundsätzen entspricht und der alle ihre Erfolge zu verdanken sind. DAS IST DER EINZIGE WEG, DER VORWÄRTSFÜHRT.

An den Parteimitgliedern selbst, an den zahllosen Aktivisten und Funktionären der Partei liegt es, diesen Weg freizukämpfen!

Volkschina und die Atombombe

Unser Pekinger J.L.-Korrespondent berichtet:

Peking, am 16. Oktober 1964

Der Tag fing mit einer Sensation an.
Das Radio brachte die Nachricht, daß N.S. Chruschtschow als Erster Sekretär des ZK der KPdSU und als Ministerpräsident der UdSSR abgesetzt worden war. Später erfuhr man, daß er auch aus dem Präsidium des Zentralkomitees entfernt und daß auch sein Schwiegersohn Adshubej als Chefredakteur der "Iswestija" entlassen worden war.
Als daher einige Stunden später eine Extraausgabe von "Renmin Ribao" ("Volkstageszeitung") in den Straßen Pekings kostenlos verteilt wurde, erwartete jedermann, von einer sensationellen Entwicklung der Dinge in der KPdSU zu erfahren. Doch es handelte sich um etwas anderes.
Die zweite Sensation schlug ein wie eine Bombe und stellte die erste noch in den Schatten. Ein kurzes Pressekommunique in der Extraaus-

gabe gab bekannt, daß die Volksrepublik China um 15,00 Uhr Pekinger Zeit am heutigen 16. Oktober in Westchina eine Atombombe zur Explosion gebracht und damit ihren ersten Kernwaffenversuch erfolgreich durchgeführt hatte.

<u>Das erst vor 15 Jahren von der feudalistischen und halbkolonialen Herrschaft befreite, ökonomisch, technisch und wissenschaftlich so lange zurückgebliebene China hatte aus eigener Kraft das Monopol des "Atomklubs" durchbrochen!</u>

Neben dem knapp gehaltenen Pressekommunique brachte die Extraausgabe auch eine bedeutsame Erklärung der Regierung der Volksrepublik China (Der Wortlaut beider Dokumente findet sich in der "Peking Rundschau" Nr. 5 vom 20.10.1964).

Die Regierungserklärung besagt, daß die erfolgreiche Durchführung des ersten Kernwaffenversuchs eine bedeutende Leistung des chinesischen Volkes ist, das nun noch besser imstande sein wird, sein Land zu verteidigen und der von den USA-Imperialisten betriebenen Politik der nuklearen Erpressung und Drohung Widerstand zu leisten.

"Jeder souveräne Staat hat das unabdingbare Recht auf Selbstverteidigung", heißt es in der Erklärung, und weiter: "Und die Verteidigung des Weltfriedens ist die gemeinschaftliche Aufgabe aller friedliebenden Völker. Angesichts der ständig wachsenden nuklearen Bedrohung durch die Vereinigten Staaten kann China nicht müssig bleiben und untätig sein. Es ist gezwungen, Kernwaffenversuche durchzuführen und Kernwaffen zu entwickeln."

Die Erklärung erinnert daran, daß China stets eine allseitige, vollständige und komplette Vernichtung der Kernwaffen befürwortet hat und diesen Standpunkt auch weiterhin vertritt. Wäre man auf diesen Vorschlag eingegangen, so wäre China nicht genötigt gewesen, selbst Kernwaffen zu entwickeln. Aber die Vorschläge Chinas sind an dem halsstarrigen Widerstand der USA-Imperialisten gescheitert.

Der Vertrag über das teilweise Verbot von Kernwaffenversuchen, den die Vereinigten Staaten, Großbritannien und die Sowjetunion im Juli 1963 abschlos-

人民日报

1964年10月16日

加强国防建設的重大成就，

我国第一顆原

我国政府发表声明，郑重

讨论全面禁止和彻底

新华社北京十六日电　新闻公报

一九六四年十月十六日十五时（北京时间），中国在本国西部

中国核试验成功，是中国人民加强国防、保卫祖国的重大成就

Detail aus der Extraausgabe von "Renmin Ribao"

sen, war ein gewaltiger S c h w i n d e l , dazu bestimmt, die Völker der Erde zu narren. Er war ein Versuch, das Kernwaffenmonopol der drei großen Atommächte aufrechtzuerhalten und den friedliebenden Völkern die Hände zu binden. Er verminderte durchaus nicht die atomare Bedrohung, die der USA-Imperialismus gegen China und die anderen friedliebenden Völker der Welt richtet, sondern machte sie noch größer. Denn selbst bei Abschluß des Vertrages erklärte die Regierung der USA ganz unverhohlen, daß er in keiner Weise bedeute, daß die USA ihre unterirdischen Kernwaffenversuche nicht fortsetzen oder daß sie keine Kernwaffen mehr anwenden, erzeugen, speichern, exportieren oder an andere weitergeben würden. Die chinesische Regierung hat darauf seit langem hingewiesen - und der Lauf der Ereignisse seither hat bewiesen, wie recht sie hatte.

Seit Abschluß des Dreiervertrags hat man in den Vereinigten Staaten die Erzeugung der verschiedenen Kernwaffen, die auf Grund bereits früher durchgeführter Versuche hergestellt werden, nicht aufgegeben. Im Gegenteil! Man hat nach noch größerer V e r v o l l k o m m n u n g der Kernwaffen gestrebt. In diesem Zeitabschnitt haben die USA einige Dutzend u n t e r i r d i s c h e r T e s t s durchgeführt und haben dabei die Kernwaffen, die sie produzieren, noch mehr vervollkommnet. Die Vereinigten Staaten unterhalten A t o m - U - B o o t - S t ü t z p u n k t e in J a p a n . Das ist eine unmittelbare Gefahr sowohl für das japanische Volk als auch eine Bedrohung des chinesischen Volkes und aller anderen asiatischen Völker. Mit den sogenannten "multilateralen Atomstreitkräften" geben die Vereinigten Staaten eben jetzt den w e s t d e u t s c h e n R e v a n c h i s t e n Atomwaffen in die Hand. Das ist eine Bedrohung für die Deutsche Demokratische Republik und die übrigen osteuropäischen Staaten. In der Straße von T a i w a n , im Golf von T o n k i n g , im M i t t e l m e e r , im P a z i f i k , im I n d i s c h e n Ozean und im A t l a n t i k - überall treiben sich die U-Boote der USA herum, die Polarisraketen mit Atomsprengköpfen mit sich führen und eine Bedrohung für alle friedliebenden Völker sind, für alle Völker, die

---

MILLI-METTERNICHE

Wie uns Genossin Hertha Litschauer, die sich begrüßenswerterweise um den Vertrieb der neu erschienenen "PEKING RUNDSCHAU" und anderer Veröffentlichungen aus der Volksrepublik China angenommen hat, mitteilt, wollte sie kürzlich einige größere Inserate für diese Zeitschrift in der "V o l k s s t i m m e" veröffentlichen lassen. Das Zentralorgan der KPÖ hat jedoch die A n n a h m e d i e s e r I n s e r a t e, die für eine aus dem sozialistischen China kommende Zeitschrift werben, a b g e l e h n t ! Zu der Tatsache, daß der Globus-Verlag schon seit geraumer Zeit weniger die von ihm zum Vertrieb übernommene chinesische Literatur als deren Interessenten zu vertreiben bemüht ist, kommt nun also der a k t i v e V e r s u c h, den Vertrieb von Zeitschriften aus der chinesischen Volksrepublik durch die Verweigerung des Abdrucks zum normalen Tarif bezahlter Inserate z u b e h i n d e r n.

In der Sowjetunion wurde Chruschtschow gestürzt - aber in Österreich fuhrwerken seine Handlanger weiter in einer Art herum, an der Metternich seine helle Freude hätte.

Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus bekämpfen.

"Wie können wir unter diesen Umständen annehmen, daß es die nukleare Erpressung und die nukleare Drohung nicht mehr gibt, welche die USA gegen die Völker der Welt ausüben, nur auf Grund eines falschen Eindruckes, der durch die vorübergehende Einstellung der Kernwaffenversuche in der Atmosphäre durch die Vereinigten Staaten erweckt wird?" - fragt die Erklärung.

Auch die anläßlich des ersten chinesischen Atomversuchs herausgegebene Erklärung wiederholt den Satz: "Die Atombombe ist ein Papiertiger!" Dieser berühmte Ausspruch von Mao Tse-tung ist schon viel zitiert und - mißverstanden worden. Er gilt unabhängig davon, ob und welche Atomwaffen China hat oder nicht hat. Wenn die jetzige chinesische Erklärung diesen bildhaften Satz wiederholt, so

(Fortsetzung auf Seite 18)

CHRUSCHTSCHOWS STURZ – EIN SCHLAG GEGEN DEN IMPERIALISMUS

SO ALS OB ES EINER DER IHREN WÄRE, HEULTE DIE ANTIKOMMUNISTISCHE PRESSE BEIM STURZ CHRUSCHTSCHOWS AUF - UND BEWIES DAMIT, WIE DRINGEND NOTWENDIG DIESER SCHRITT WAR!

(Kleine Blütenlese aus den Schlagzeilen der antikommunistischen westlichen Presse)

USA fürchten „

Höchste Nervosi

Bestürzung in aller Welt

Ueber Mao gestürzt

UNO: Laßt Ch

Baisse an der New Yorker Börse

New York, 16. Okt. ag (AFP). Die Wall-Street-Kurse verzeichneten als Reaktion auf die Nachricht von der Demission Chruschtschews eine *Baisse,* die, wenn auch nur von kurzer Dauer, die stärkste seit jener nach der Ermordung Präsident Kennedys war. Das Gleichgewicht wurde wieder hergestellt, als die *Namen der Nachfolger* bekannt wurden.

Indien bedauert Chruschtscho

U Thant: Chruscht

Bonn: Sorge um die Zukunft

Chruschtschew wird totgeschwiegen

WAS W
CHRUSC

...eltkrise wie beim Tod Kennedys

...ärtere Linie"

● In New York stürzen die Kurse an der Börse

...ät in Bonn

De Gaulle: ‚Armer Chruschtschew'

Entchruschtschowisierung

Womit hat er das verdient?

AZ fragte Moskauer:

Warum schweigt ihr?

Besorgnis in Belgrad

Kein Wort über Chruschtschew

„Chruschtschow bleibt unvergeßlich"

...w sprechen!

Wachsende Besorgnis in London

Paris befürchtet harte Politik des Kremls

...chew soll reden!

... AUS ...CHEW?

Moskau/New York. – Der Generalsekretär der UNO, U Thant, machte Donnerstag bei einer Pressekonferenz den Vorschlag, es möge Nikita Chruschtschew gestattet werden, eine öffentliche Erklärung darüber abzugeben, welche Umstände zu seinem Sturz geführt haben. Diese Erklärung U Thants ist offenbar an die Adresse Moskaus gerichtet und entspricht den Wünschen der meisten Staaten der Welt.

bedeutet das nichts anderes als die Unterstreichung der Tatsache:

China entwickelt die Kernwaffen nicht, weil es von ihrer Allmacht überzeugt ist. Im Gegenteil, es glaubt nicht an ihre Allmacht! „Die chinesische Regierung bleibt dem Marxismus-Leninismus und dem proletarischen Internationalismus treu. Sie glaubt an das Volk. Es sind die Menschen, die über Sieg oder Niederlage in einem Krieg entscheiden, und nicht irgendwelche Waffen. Das Schicksal Chinas wird vom chinesischen Volk, und das Schicksal der Welt wird von den Völkern der Welt entschieden, und nicht von Kernwaffen."

China entwickelt die Kernwaffen auch nicht, weil es sie anwenden möchte. Im Gegenteil. Es entwickelt diese Waffen, "um das nukleare Monopol der Atommächte zu brechen und die Kernwaffen abzuschaffen"!

Die chinesische Regierung versteht die gutgemeinten Wünsche der friedliebenden Völker und Staaten sehr wohl, die eine vollständige Einstellung aller Kernwaffenversuche wollen. Aber mehr und mehr Staaten kommen zur Einsicht, daß die Gefahr eines Atomkriegs umso größer ist, je gesicherter das Kernwaffenmonopol der USA-Imperialisten und ihrer Partner ist. Sie haben die Atombombe und die anderen haben sie nicht - daher fühlen sie sich stark und drohen ständig mit diesen Waffen. Aber wenn einmal auch die anderen, die Bedrohten und Erpreßten, die Atomwaffen haben werden, dann werden sie sich nicht mehr so stark fühlen. Dann wird die imperialistische Politik der nuklearen Drohung und Erpressung nicht mehr so wirksam sein und dann wird auch die Bereitschaft der Imperialisten zu einem vollständigen Verbot und zu einer allgemeinen Vernichtung der Kernwaffen größer sein als bisher.

Von besonderer Bedeutung sind in der Erklärung der chinesischen Regierung die Worte:

"Die chinesische Regierung verkündet hiemit feierlich: CHINA WIRD NIEMALS UND UNTER KEINEN UMSTÄNDEN ALS ERSTES LAND KERNWAFFEN EINSETZEN!

Das chinesische Volk unterstützt entschlossen den Befreiungskampf aller unterdrückten Nationen und geknechteten Völker der Welt. Wir sind fest davon überzeugt, daß alle Völker durch ihren eigenen Kampf und durch gegenseitige Hilfe den Sieg erringen werden. Daß China Kernwaffen besitzt, ist für alle revolutionären Völker eine große Ermutigung in ihrem Kampfe und bedeutet einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung des Weltfriedens. In der Frage der Kernwaffen wird China weder den Fehler des Abenteurertums noch den des Kapitulantentums begehen. DEM CHINESISCHEN VOLK KANN MAN VERTRAUEN!"

Das Dokument unterbreitet schließlich den offiziellen Vorschlag, eine Gipfelkonferenz aller Länder einzuberufen, um die Frage des allseitigen Verbots und der gründlichen Vernichtung der Kernwaffen zu besprechen. Als ein erster Schritt sollte von der Gipfelkonferenz vereinbart werden, daß sich alle Staaten, die Kernwaffen be-

sitzen oder in Kürze besitzen werden, verpflichten, sie nicht einzusetzen, weder gegen Länder, die keine Kernwaffen besitzen, noch gegen kernwaffenfreie Zonen und auch nicht gegeneinander.

Mit Recht fragt die Erklärung: "Sollten diejenigen Staaten, die bereits ein großes Arsenal von Kernwaffen besitzen, nicht einmal bereit sein, eine Garantie zu bieten, solche Waffen n i c h t einzusetzen, wie kann man dann von anderen Staaten, die noch keine Kernwaffen haben, erwarten, daß sie an den ehrlichen Friedenswillen der kernwaffenbesitzenden Mächte g l a u b e n und keine möglichen und notwendigen A b w e h r m a ß n a h m e n ergreifen?"

Das Dokument schließt mit den Worten: "Die chinesische Regierung wird nach wie vor alle Kräfte dafür einsetzen, durch internationale Konsultationen das große Ziel - das allseitige Verbot und die gründliche Vernichtung aller Kernwaffen - zu verwirklichen. B i s dieser Tag erreicht ist, werden die chinesische Regierung und das chinesische Volk entschlossen und unerschütterlich ihren eigenen Weg gehen, die nationale Verteidigung stärker zu machen, ihr Vaterland zu schützen und den Weltfrieden zu verteidigen. WIR SIND FEST DAVON ÜBERZEUGT, DASS KERNWAFFEN, WEIL SIE JA VON MENSCHEN GESCHAFFEN WERDEN, AUCH VON MENSCHEN VERNICHTET WERDEN KÖNNEN."

Eine Schande

Die Erklärung der Regierung der Volksrepublik China vom 16. Oktober ist eines der bedeutsamsten Dokumente unserer Zeit. Sie setzt einen Markstein in der Entwicklung der internationalen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg und leitet wohl eine neue Etappe im weltumspannenden Kampf um die Sicherung des Friedens ein.

Und was sagte das Zentralorgan der KPÖ zu dieser Erklärung und zu den in ihr enthaltenen Feststellungen und Vorschlägen an alle Völker der Welt? Druckte die "Volksstimme" die Erklärung ab, brachte sie zumindest einige markante Auszüge? Hat sie von der festen Überzeugung der chinesischen Regierung berichtet, daß es den Völkern der Welt - wie die Erklärung betont - gelingen wird, einen Atomkrieg zu verhüten? Hat sie den feierlichen Eid der chinesischen Regierung, zu keiner Zeit und unter keinen Umständen als erstes Land Atomwaffen anzuwenden, ihren Lesern wenigstens mitgeteilt? N i c h t s v o n a l l e d e m !

Alles, was sich die "Volksstimme" abringen konnte, waren gezählte z e h n Z e i l e n in der untersten Ecke der Seite 4 ihrer Ausgabe vom 21. Oktober. Sie hat links daneben einem Appell des dänischen Verbandes katholischer Jungarbeiter den doppelten Raum gewidmet, und rechts daneben den vierfachen Raum dem Erlebnis eines Deutschen, der sich "Im Rausch ins falsche Bett" legte.

Es ist eine Schande, was die Revisionisten aus einer Zeitung gemacht haben, die wir einmal als Mittel der Aufklärung in alle Häuser trugen und von der man einmal sagen konnte: "Wer die 'Volksstimme' liest, weiß mehr!"

BRIEFE AN DIE REDAKTION

Der Atombombentest in China

Als ich vor mehr als 30 Jahren zur Kommunistischen Partei gestoßen bin und in dem Wust der auf mich einstürmenden Fragen nicht immer volle Klarheit gewinnen konnte, sagte Friedl Fürnberg zu mir: "Du mußt an alle Fragen vom Klassenstandpunkt herangehen. Nützt es den revolutionären Kräften, dann schadet es der Reaktion; ist es umgekehrt, dann bist Du auf dem falschen Weg."

An dieses Gespräch erinnerte ich mich, als ich in der "Volksstimme" den Artikel über den Atombombentest in China las (17.10.1964). Auch in der Frage: "Atombombe - ja oder nein?" muß man vor allem die Klassenfrage stellen. Es ist daher ganz klar, daß Atombomben in Händen der Amerikaner nicht nur für die revolutionären Kräfte eine Gefahr bedeuten, sondern darüber hinaus für die gesamte friedliebende Menschheit. Die Atombombe in Händen des sozialistischen chinesischen Staates dagegen ist nicht nur keine Gefahr für die revolutionären Kräfte, sondern bedeutet die Minderung der Gefahr eines Krieges.

Die Kenntnis ihrer Erzeugung und die Möglichkeit der Produktion derselben wirken auf die reaktionären Kräfte etwas ernüchternd. Ein Atombombenkrieg kann nur verhindert werden, wenn die Kriegstreiber sich im Klaren darüber sind, daß eine geworfene Atombombe die Gefahr in sich birgt, daß eine andere ins eigene Land zurückkommt.

Die offizielle Erklärung der chinesischen Regierung lautet: Wir haben den ersten erfolgreichen Atombombentest durchgeführt. Wir sind bereit, an einer internationalen Konferenz zur Ächtung aller Atomwaffen teilzunehmen. Wir werden die Atomwaffe niemals als Erste in Anwendung bringen!

Das ist, wie man zugeben muß, eine ruhige, sachliche Erklärung, die auch für den Nichtkommunisten akzeptabel ist.

Anders der Kommentar der Redaktion der "Volksstimme". Da wird geschwafelt von einem Vorteil für Goldwater und für die atomgierigen deutschen Militaristen, da "werden über hundert Staaten eine Mißachtung ihres Willens und ihrer Interessen erblicken", und am Ende wird der chinesischen Regierung vorgeworfen, sie habe den Teststopp gebrochen.

Dabei vergessen die Herren von der "Volksstimme": China kann niemals den Teststopp-Vertrag gebrochen haben, weil es diesem Schwindelvertrag niemals beigetreten ist! Hingegen haben die amerikanischen Imperialisten nach ihren eigenen Angaben allein im Jahre 1964 nicht weniger als siebzehn unterirdische Atombombenversuche durchgeführt!

Wir alle freuten uns seinerzeit, als Genosse Molotow im Namen der Sowjetregierung bekanntgab, daß nunmehr der erste sozialistische Staat auch im Besitz des Atomgeheimnisses sei. Jeder fortschrittlich gesinnte Mensch wußte, das bedeutete nicht erhöhte Kriegsgefahr, sondern mehr Sicherheit, daß der Krieg verhindert werden kann. Genauso verhält es sich heute im Falle Chinas.

Es ist zwar begreiflich, daß in der Redaktion der "Volksstimme" alle ein bißerl durcheinandergekommen sind, war doch am selben Tag der kultisch verehrte Chruschtschow gestolpert. Wie wäre es, wenn Friedl Fürnberg sich besinnen würde und den seinerzeit mich gelehrten Grundsatz, alles vom Klassenstandpunkt aus zu betrachten, an die Redakteure der "Volksstimme" weitergeben würde? Aber wenn man selbst ins Rutschen gekommen ist und die Linie verloren hat, hat man es schwer, sich zu erfangen und andere vor dem Purzelbäumeschlagen zu bewahren.

Da haben es wir Kommunisten leichter. Wir haben eine Linie und wenn einer ausgleiten sollte, dann helfen ihm die anderen wieder auf den Weg.

Walter Landgraf, Wien 4.,

DIE KONFERENZ VON KAIRO

DIE ANTIIMPERIALISTISCHEN KRÄFTE HABEN GESIEGT

Der Plan Titos, die Konferenz der blockfreien Länder, auf der 47 Staaten durch ihre Außenminister, Regierungschefs oder Staatsoberhäupter und weitere 11 Länder durch Beobachter vertreten waren, unter dem irreführenden Motto eines Kampfes für die "friedliche Koexistenz" zur Stärkung der Positionen des Imperialismus zu mißbrauchen, ist trotz angestrengter Beihilfe seitens des indischen Ministerpräsidenten gescheitert. Die überwiegende Mehrheit der vertretenen Staaten hat die Machinationen Titos und Shastris durchschaut und sich ihren Bemühungen standhaft widersetzt, den beteiligten Nationen, die im schweren Kampf gegen die Bedrohung, Ausbeutung und Unterdrükkung durch den amerikanischen Imperialismus und die anderen imperialistischen Mächte stehen, eine Politik der "friedlichen Zusammenarbeit" mit ihren Blutsaugern aufzudrängen. Eindeutig hat sich die Konferenz gegen eine solche die Kolonialherren und Imperialisten begünstigende Politik ausgesprochen und den entschlossenen Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus an die Spitze ihrer Forderungen gestellt.

Es begann schon damit, daß Tito verlangte, die Fragen der "friedlichen Koexistenz" als ersten und wichtigsten Tagesordnungspunkt zu behandeln. Er kam nicht durch. Die Konferenz beschloß nach gründlicher Diskussion, als ersten und wichtigsten Punkt die "gemeinsame Aktion für die Befreiung der noch abhängigen Länder und die Beseitigung des Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus" auf die Tagesordnung zu setzen. Das was Tito unbedingt als Hauptinhalt der Konferenz sehen wollte, die "Friedliche Koexistenz und die Kodifizierung ihrer Grundsätze durch die Vereinten Nationen", wurde an die vierte Stelle der Tagesordnung verwiesen.

Auch der indische Ministerpräsident Shastri erlitt auf der Konferenz eine eindrucksvolle Niederlage. Insbesonders sein Bemühen, die Konferenz zugunsten einer aggressiven antichinesischen Kampagne einzuspannen, hatte nicht den geringsten Erfolg. Während der amerikanische Imperialismus auf der Konferenz immer wieder als der wirkliche Feind erkannt und gebrandmarkt wurde, blieb Shastri völlig allein, als er gegen China loszog. Sogar die amerikanische Presseagentur AP mußte enttäuscht zugeben, daß nur Indien Chinas Namen auf der Konferenz feindselig erwähnt hatte. Der von Sha-

stri am 9. Oktober eingebrachte Vorschlag, eine Delegation der blockfreien Länder nach China zu entsenden, um es zum Verzicht auf die Entwicklung der zu seiner Verteidigung und damit auch zur Verteidigung des Weltfriedens notwendigen Atomwaffen zu überreden, wurde als provokatorisch und ausschließlich im Interesse der Imperialisten gelegen erkannt und von der gesamten Konferenz zurückgewiesen. So blamabel war diese Abfuhr für Shastri, daß er es für notwendig hielt, nachträglich zu bemerken, daß er seinen Vorschlag ja nicht "offiziell" eingebracht habe.

Wie sowohl die westlichen Presseagenturen als auch die indischen Zeitungen selbst zugeben mußten, war der einzige "Erfolg", den die indische Delegation auf der Konferenz hatte, daß sie ihre proimperialistische Rolle allzu deutlich machte und sich dadurch in eine vollständige Isolierung begab.

Ein besonders klarer Ausdruck der Entschlossenheit der neu aufstrebenden Länder, im Kampf gegen den Imperialismus vorwärts und nicht zurückzugehen, war der Ausschluß und die Internierung Tschombes, dieses schmutzigsten Söldlings der Kolonialherren. Es nützte nichts, daß der indische Delegierte den Standpunkt vertrat, daß Tschombe als Regierungschef eines Kongo-Staates berechtigt sei, an der Konferenz teilzunehmen - die Konferenz duldete hier keinen Kompromiß.

Die indische Delegation ging sogar so weit, die anderen Länder zur "Unterstützung der Vereinten Nationen in Aktion" aufzurufen, was darauf hinauslief, diese Länder in Hilfskräfte des Imperialismus bei der bewaffneten Unterdrückung des nationalen Befreiungskampfes anderer Völker zu verwandeln - eine Rolle, wie sie Indien durch seine der UNO im Kongo zur Verfügung gestellten Truppen und Tito-Jugoslawien durch sein Luftwaffenpersonal bei der Unterdrückung des nationalen Befreiungskampfes im Kongo schon auf sich genommen hatten. Auch dieses durchsichtige Manöver scheiterte und Indien blieb mit diesem Plan auf der Konferenz isoliert.

Womöglich noch entschiedener in der energischen Abwehr der proimperialistischen Machinationen zeigte sich die Kairo-Konferenz hinsichtlich der von ihr gefaßten positiven Beschlüsse, deren wichtigste hier laut der gemeinsam angenommenen Schlußresolution zitiert seien:

"Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus sind die Ursache und Quelle der internationalen Spannungen und Konflikte."

"Friedliche Koexistenz kann in der Welt nicht erreicht werden ohne die Beseitigung von Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus."

Die Konferenz, so heißt es in der Resolution, ruft zur bedingungslosen, vollständigen und endgültigen Beseitigung des Kolonialismus auf, die jetzt durchzuführen ist. Sie verurteilt die USA wegen ihrer Verletzung der Souveränität und territorialen Integrität Kubas. Sie fordert die amerikanische Regierung auf, ihre Militärbasis auf Guantanamo in Kuba aufzulösen und das Handels- und Wirtschaftsembargo gegen Kuba zu beenden. Die Teilnehmer der Konferenz verpflichten sich, wie die Resolution unterstreicht, den im Kampf gegen Kolonialismus, Neokolonialismus und Imperialismus stehenden Völkern alle notwendige moralische, politische und materielle Hilfe zu erweisen.

Im ersten Teil der Resolution, der den Titel trägt: "Gemeinsame Aktion für die Befreiung der noch abhängigen Länder, Beseitigung von Kolonialismus, Neokolonialismus und Imperialismus", heißt es:

"Dauernder Frieden kann nicht verwirklicht werden, solange ungerechte Verhältnisse vorherrschen und Völker unter fremder Herrschaft weiter ihrer

Grundrechte auf Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung beraubt bleiben. . .Der Befreiungsprozeß ist unaufhaltsam und nicht mehr rückgängig zu machen. Die Kolonialvölker haben das Recht, zu den Waffen zu greifen, um ihre Selbstbestimmung und Unabhängigkeit zu erlangen, wenn die Kolonialmächte darauf beharren, ihre Herrschaft aufrecht zu erhalten. . .Die Teilnehmerländer anerkennen die nationalen Bewegungen der Völker, die im Kampf zur Befreiung von kolonialer Beherrschung stehen, als authentische Vertreter dieser Völker."

Im Detail fordert die Resolution alle Teilnehmerländer auf, die Beziehungen mit Portugal abzubrechen und den Völkern jede finanzielle und militärische Hilfe zu gewähren, die im Kampf um ihre Befreiung vom portugiesischen Kolonialjoch stehen. Ebenso wird der Abbruch der Beziehungen mit Südafrika verlangt und erklärt, daß die Teilnehmerländer dessen Mitgliedschaft in der UNO nicht mehr dulden werden. Auch für den Kongo, für das Volk von Palästina und für die anderen noch unterdrückten arabischen Völker sowie für alle übrigen unter Kolonialherrschaft leidenden Völker der Welt tritt die Deklaration, sie alle beim Namen nennend, ein. Bezüglich Südostasiens verlangt sie die Beendigung der imperialistischen Interventionen in den Ländern Indochinas (Laos, Kambodscha, Vietnam) und die Einberufung der 14-Mächtekonferenz nach Genf.

Bemerkenswert ist auch die Feststellung der Schlußresolution, daß sich die Teilnehmerländer wohl verpflichten, die Grenzen, wie sie zur Zeit, da sie die Unabhängigkeit errangen, bestanden haben, zu respektieren, daß jedoch "Gebietsteile, die von den Besatzungsmächten abgetrennt und in



Auch hier wird das Joch der Kolonialherren gebrochen werden

autonome Basen für ihren eigenen Vorteil verwandelt wurden, zur Zeit der Unabhängigkeit an das betreffende Land zurückgegeben werden" müssen!

In einem besonderen Absatz fordert die Erklärung, daß die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Rechte der Chinesischen Volksrepublik wiederherstellt und den Vertreter ihrer Regierung "als den einzigen berechtigten Vertreter Chinas in den Vereinten Nationen anerkennt".

Zusammenfassend kann man sagen, daß die große historische Bedeutung der Konferenz darin bestand, daß sie gezeigt hat, daß die nationale Befreiungsbewegung gegen Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus in Asien, Afrika und Lateinamerika weiter gewachsen ist und die Entschlossenheit vorherrscht, diesen Kampf mit allen Mitteln, auch mit denen der bewaffneten Erhebung, zu Ende zu führen. Die Ergebnisse der Konferenz von Kairo bezeugten, daß die falschen Thesen der modernen Revisionisten sich nicht durchsetzen können.

*

Nicht weniger als drei Artikel hat die "Volksstimme" über die Konferenz von Kairo gebracht. Was hat sie darüber berichtet?

"Die Blockfreiheit hat nicht nur Daseinsberechtigung, sondern ist eine objektive Notwendigkeit, die entscheidend zur Erhaltung und Festigung des Friedens beitragen kann - so könnte man die Meinung der Konferenz zusammenfassen", schreibt die "Volksstimme". Aber das Wesen der Konferenz, ihrer Beschlüsse, daß nämlich die Voraussetzung der Erringung der nationalen Unabhängigkeit der Kampf gegen den Imperialismus und seine Beseitigung ist - das wurde in dieser "Zusammenfassung" der "Volksstimme" verschwiegen! Gerade diese wichtigste Feststellung der Konferenz sucht man vergeblich unter den von der "Volksstimme" gebrachten Zitaten, die so ausgesucht sind, daß der falsche Eindruck entsteht, als hätte die Konferenz sich in der Diskussion der "friedlichen Koexistenz", wie sie die modernen Revisionisten verstehen, erschöpft. Bei der engen Verbrüderung der österreichischen Revisionisten mit Tito ist es auch nicht verwunderlich, daß die "Volksstimme" von allen in Kairo gehaltenen Reden nur über die seine berichtete. Hier war nur allzu deutlich der Wunsch der Vater des Gedankens: Tito als Hauptsprecher der von den blockfreien Ländern vertretenen etwa eintausend Millionen Menschen! Daß die Wirklichkeit der Konferenz ganz anders aussah, kümmert die "Volksstimme" anscheinend nicht. Hauptsache, ihre Leser glauben, daß der Oberrevisionist und Lakai des US-Imperialismus, Tito, auf der Konferenz die erste Geige gespielt habe, also ein einflußreicher Mann sei, auf den man hören und bei dem man wohl auch einige "Schönheitsfehler" in Kauf nehmen müsse.

In den drei Berichten der "Volksstimme" findet sich keine Information über die auf der Konferenz aufgetretenen Differenzen und ihren Inhalt, kein Wort über die proimperialistische Rolle Titos, nichts über die Isolierung Shastris auf der Konferenz und über dessen mißlungene Versuche, die Beratung zu einer Kampagne gegen China, die größte antiimperialistische und Friedensmacht Asiens, zu mißbrauchen. Nicht einmal der Umstand, daß der Tagesordnungspunkt, den Tito und Shastri in den Mittelpunkt stellen wollten, in den Hintergrund gerückt wurde und sich die Konferenz konsequenterweise vor allem auf die Fragen des antiimperialistischen Befreiungskampfes konzentrierte, durften die Leser der "Volksstimme" erfahren. Wie lange werden sie sich wohl noch eine solche Art von Berichterstattung gefallen lassen?

W.F.

Trauer und Bestürzung -bei wem?

bei den westlichen Imperialisten:

"Im Westen hat die Nachricht vom Rücktritt - oder Sturz - Chruschtschows wie eine Bombe eingeschlagen." ("Neues Österreich", 16.10.64)

"In den westeuropäischen Hauptstädten hat die Nachricht über den Regierungswechsel in Moskau zum größten Teil Verwirrung ausgelöst. ("Volksblatt", 17.10.1964)

"...forderte der amerikanische Präsident Johnson in einer von allen Rundfunk- und Fernsehstationen der USA übertragenen Rede ständige Wachsamkeit und sagte Unruhe im Ostblock voraus...Lobende Worte fand der Präsident für den gestürzten sowjetischen Regierungs- und Parteichef." ("Neues Österreich", 20.10.1964)

bei den New Yorker Börsenjobbern:

"Sofort herrschte Alarmstimmung auf der New Yorker Börse...Schon die ersten Gerüchte aus Moskau über den möglichen Sturz Chruschtschows lösten an der New Yorker Börse eine Baisse aus. Es war der stärkste Kurssturz seit der Ermordung des Präsidenten Kennedy." ("Neues Österreich", 16.10.1964)

bei "New York Herald Tribune":

"Die Welt kann aus dem Rücktritt Chruschtschows keinen Trost gewinnen."

bei den westdeutschen Militaristen und Imperialisten:

"Mit höchstem Bedauern sieht man sich in Bonn nun einer Situation gegenüber, in die die Politik der Bewegung...nicht mehr passen könnte. Die Einladung an Chruschtschow, der im Jänner oder Februar 1965 nach Bonn kommen sollte, erscheint als völlig entwertet." ("Presse", 16.10.)

"Der Fall war tief; er muß für den zu Boden Geworfenen schmerzhaft bitter gewesen sein...Womit hat er das verdient?...Der Schreck, der am Donnerstagabend der Welt den Atem nahm..." ("Frankfurter Allgemeine Zeitung", 17.10.1964)

"Die Absetzung Chruschtschows hat in der ganzen Welt einen Schock ausgelöst." (Bundeskanzler Erhard laut FAZ, 19.10.1964)

"Jetzt ist es zu spät, mit einem Mann zu reden, mit dem zu diskutieren eine Freude war.." (FDP-Bundestags-Vizepräsident Dehler laut FAZ, 19.10.1964)

bei den britischen Imperialisten:

"Die Nachricht vom Sturz des sowjetischen Ministerpräsidenten hat in London fassungslose Überraschung und Bestürzung hervorgerufen." ("Volksblatt", 16.10.1964)

bei der Tito-Clique:

"Die wichtige Rolle des Genossen Chruschtschow ... wird unvergessen bleiben." ("Borba", 23.10.1964)

beim Vatikan:

"Noch am Donnerstag hatten die 'Chinesen an der Adria', die Albaner, erklärt, daß das russische Volk sich von ihm befreien sollte... Jetzt verläßt er die Weltbühne. Wir hoffen für ihn, daß das Vergessen ihm die Bitterkeit erspart, die eine auf Zweckmäßigkeit gegründete Moral für den Verlierer vorbehält." ("Osservatore Romano", 16.10.1964)

bei den indischen Reaktionären:

"Indische Regierungskreise machen... kein Hehl daraus, daß sie Chruschtschows offenbar erzwungenen Rücktritt bedauern und daß sie nicht ohne Besorgnis den Konsequenzen des Regierungswechsels in Moskau entgegensehen. In New Delhi wird man Chruschtschow nie vergessen, daß er in der Auseinandersetzung zwischen Indien und Rotchina für Indien Partei ergriffen hat." ("Presse", 21.10.1964)

"Die ganze indische Außenpolitik der letzten Zeit beruhte auf der Annahme, daß der Konflikt im kommunistischen Lager unüberbrückbar sei... Diese Annahme entsprang weitgehend einem persönlichen Vertrauen der indischen Staatsmänner in das Wohlwollen Chruschtschows für Indien und ferner dem Glauben an seine Entschlossenheit, im Streit mit China bis zum völligen Bruch zu gehen." ("Neue Zürcher Zeitung", 22.10.1964)

bei der "Kronen-Zeitung":

"...dramatische Nacht, da die Meldungen über den Sturz Chruschtschows die Weltöffentlichkeit aufschreckten... Dieser Mann mußte weg, er war der Weltrevolution im Wege... Mit bangen Erwartungen blickt die Menschheit ...in die Zukunft." (16.10.1964)

"Wir sitzen beim Frühstück. Irgendjemand bringt plötzlich ein Blatt Papier, einseitig bedruckt. Eine Extraausgabe der 'Mainichi Daily News': 'Chruschtschow zurückgetreten!'..Der Bissen bleibt mir im Halse stekken.." (17.10.1964)

"Niemand weiß heute genau zu sagen, wie es in Rußland weitergehen wird, aber jeder spürt ein tiefes Unbehagen." (18.10.1964)

bei der großbürgerlichen "Presse":

"Nach dem schweren Tod Johannes XXIII. und der Ermordung Kennedys hat mit Chruschtschow der dritte jener drei die Bühne verlassen, die zu Anfang der Sechzigerjahre die Öffnung der Fronten versuchten. Unbekannte treten aus der Kulisse, und indessen geht ein kalter Luftzug durch den Zuschauerraum." (17./18.10.1964)

"Man kann Nikita Sergejewitsch absetzen, man kann auch die sowjetische Enzyklopädie ein weiteres Mal umschreiben, der Zeit selbst zu befehlen, steht auch Moskau nicht zu Gebote... Er wird hierzulande keine 'Unperson' werden." (22.10.1964)

bei der stockkonservativen "Wiener Zeitung":

"Steht Peking wie ein Schatten hinter dem Sturz Chruschtschows, so wird dieses Bild durch die chinesische Atombombe nun nur noch mehr verdüstert...

ist der Sturz Chruschtschows ehrlichen Herzens zu bedauern... eine Tragik für die Menschheit...für die gesamte Weltpolitik ist sein Abgang ein echter Verlust."(17.10.1964)

beim ÖVP-"Volksblatt":

"Keiner der beiden (Breshnew und Kossygin) ist ein 'voll gültiger' Ersatz für Chruschtschow und das ist es, was die Welt in Unruhe versetzt...Den vorsichtigen Kommentaren der Staatsmänner ist da Bestürzung, dort Bedauern, vorwiegend aber Ratlosigkeit zu entnehmen." (17.10.1964)

beim "Kurier":

"Wir haben keinen Grund, ein 'Sündenregister' Chruschtschows zusammenzustellen...wir konnten mit ihm reden. Der gesamte Westen konnte mit ihm reden...Es bleibt sein übergroßes Verdienst...die Entstalinisierung durchgeführt zu haben." (21.10.1964)

bei der Zeitung des wütendsten Antikommunismus:

"Mit Besorgnis lesen wir in diesen Tagen jedes aus Moskau kommende Wort." ("Arbeiter-Zeitung", 20.10.1964)

*

An seinen Freunden soll man ihn erkennen! Es gibt nur zwei Möglichkeiten:

ENTWEDER die Klassenscheidung, die Klassengegensätze sind verschwunden, es gibt nicht mehr Unterdrücker und Unterdrückte, nicht mehr Ausbeuter und Ausgebeutete, keinen Imperialismus und kein Monopolkapital mehr, Erhard und Johnson, der Papst und die Börsenhyänen, die ÖVP und die ganze antikommunistische Presse - sie alle sind edle Friedensfreunde und Humanisten geworden, denen nichts so nahe geht wie das Glück der Völker -

ODER Chruschtschow stand im internationalen Klassenkampf auf ihrer Seite, nützte ihnen, war ihr Mann und ihre Hoffnung!

DANN ABER ist ihre Trauer verständlich - ebenso wie unsere Genugtuung! Dann haben sie Grund zum Jammern und wir zum Feiern!

Und was sagt das sowjetische Volk?

"Merkwürdigerweise ist von besonderer Anteilnahme der Bevölkerung an seinem (Chruschtschows) Schicksal kaum etwas zu spüren." ("Frankfurter Allgemeine Zeitung", 19.10.1964)

"Tausende Parteikader mußte es maßlos empören, wenn man plötzlich von ihnen verlangte, sie sollten amerikanischer sein als die Amerikaner. Gerade das, was Chruschtschow in unseren Augen so sympathisch machte, mußte ihn in den Augen von hunderttausenden Kommunisten alten Schlages herabsetzen." ("Arbeiter-Zeitung", 20.10.1964)

"Wieso haben die Widersacher Chruschtschows wagen können, einen Mann zu entmachten, der im Westen als Inbegriff der Popularität galt? ...

die verblüffende Antwort: Chruschtschow war n i c h t so populär, wie man im Westen vermutet hat...C h r u s c h t s c h o w w i r d n i c h t b e w e i n t... er war beim a l l e r g r ö ß t e n T e i l d e r S o w j e t b e v ö l k e r u n g n i c h t m e h r s o b e l i e b t w i e i m W e s t e n, und er hatte gerade unter den politisch Interessierten viele ausgesprochene Gegner. Man b e g r ü ß t e v i e l f a c h s e i n e n A b g a n g." (AZ, 20.10.1964)

"Vor allem müssen wir im Westen wissen, daß die Dinge, die u n s an Chruschtschow gefallen haben, nicht notwendigerweise in der S o w j e t u n i o n selbst immer Gefallen fanden." ("Kurier", 21.10.1964)

Parteileben - Aus dem Parteileben - Aus dem Parteileben

DEN SACK SCHLÄGT MAN...

In dem an die Zustände in bürgerlichen Parteien erinnernden Ringen, welche "Garnitur" auf dem kommenden Parteitag unserer Partei ihre faktische Führung übernehmen soll, haben sich in den letzten Monaten einige nicht unwesentliche Verschiebungen im Kräfteverhältnis der einander gegenüberstehenden Gruppen ergeben. Vor allem hat das T o g l i a t t i - M e m o r a n d u m den Einfluß der am extremsten revisionistischen Gruppe Marek-West-Spira und Co. gegenüber der Gruppe Fürnberg, Richter, Horn usw. verstärkt und faktisch die ganze Parteispitze in diese Richtung gedrängt. Unter vielen Revisionisten findet die Linie Togliatti-Longo besonderen Anklang, weil sie einen mehr "intellektuell" aufgeputzten, westeuropäisch "kultivierten" Revisionismus verkörpert, der vor allem auch die Möglichkeit gibt, im Gewande der "Unabhängigkeit" und "Selbständigkeit" aufzutreten. Die vehemente Attacke, die Tilly S p i e g e l, die Gattin Mareks, in der Oktober-Nummer von "Weg und Ziel" gegen den "Apparat" der Partei reitet, ist nur als Angriff gegen die Positionen Fürnbergs, Richters und anderer Repräsentanten des Apparats zu verstehen und hat leider nichts mit einer echten Sorge um die "innerparteiliche Demokratie" zu tun, die bei Marek und Spiegel wohl kaum in besseren Händen wäre.

Was den Kreis um D u b o v s k y betrifft, hielt er sich einige Zeit mehr zurück, blieb neutral oder versuchte sogar, den ärgsten revisionistischen Eskapaden in sanfter Form entgegenzuwirken, was ihm die Unterstützung durch Genossen verschaffte, die sich einiges Klassenbewußtsein und antirevisionistische Neigungen bewahrt hatten, über die Rechtsschwenkung an der Spitze unglücklich waren, ihr aber im Grunde ziemlich hilflos gegenüberstanden. Seit einiger Zeit hat Dubovsky diese Zurückhaltung aber aufgegeben und ist auch völlig auf die revisionistische Linie eingeschwenkt. Man hat es ihm nicht gelohnt, wie die Kommentare der "Volksstimme" zu den vergangenen Landtagswahlen beweisen. Obwohl Niederösterreich - wenn man nicht mit 1959, sondern mit den viel näher liegenden Wahlen des Jahres 1962 vergleicht - mit einem Verlust von rund 2.300 Stimmen verhältnismäßig kaum schlechter abschnitt als die Wiener Organisation mit rund 5.300 Stimmen Verlust, berichtete die "Volksstimme" über das Wiener Er-

gebnis als "Erfolg", während sie das niederösterreichische Ergebnis mit der zweispaltigen Schlagzeile "NÖ: Enttäuschend" klassifizierte. Bei den niederösterreichischen Genossen wurde dieser so verschiedene Maßstab vielfach verurteilt und als Versuch empfunden, bestimmten Leuten eins auszuwischen. Sie wollen aber nicht der Sack sein, den man schlägt, während man - ganz jemand anderen meint.

O.

DIE AUSSCHLÜSSE WERDEN DEN REVISIONISMUS NICHT RETTEN !

AUSSCHLUSSANTRAG MIT EINER STIMME MEHRHEIT

So als ob sie nicht mehr viel Zeit hätten, bemühen sich die Revisionisten gegenwärtig, um jeden Preis eine Reihe von Ausschlüssen durchzusetzen, die ihnen bisher nicht gelungen waren.

In Graz hat die Landesleitung schon seit Mai des Jahres versucht, unser Redaktionsmitglied, Genossen Hubert Hrach, der der Partei seit dem Jahre 1929 angehört und wegen seiner politischen Tätigkeit mehrfach inhaftiert war, aus der Partei auszuschließen. Nun ist die entsprechende Ausschlußversammlung im Gebiet Jakomini unter dem Druck der Landesleitung zustandegekommen. Der Obmann des Gebietes, in dessen Namen die Versammlung einberufen wurde, hat es vorgezogen, zur Versammlung selbst nicht zu erscheinen, sodaß Walter Kosmus selbst den Vorsitz übernehmen mußte. Nach einer langandauernden, heftigen Diskussion gelang es Kosmus schließlich, eine Abstimmung durchzuführen, bei der von den 15 Anwesenden 7 für den Ausschluß, 6 gegen den Ausschluß stimmten und sich 2 Genossen der Stimme enthielten. Mit dieser einen Stimme Mehrheit soll nun der Ausschluß des Genossen Hrach vollzogen werden! Es ist das umso bemerkenswerter, als die Ausschlußversammlung zu einem Zeitpunkt durchgeführt wurde, an dem nicht alle Genossen, die den Standpunkt des Genossen Hrach unterstützen, teilnehmen konnten. Genosse Hrach, der gegen den Ausschlußantrag selbstverständlich rekurieren wird, gab die Erklärung ab, daß er einen Ausschluß lediglich als einen kurzen Karenzurlaub betrachten werde, da auch in Österreich der Zeitpunkt kommen wird, an dem die Partei wieder auf ihren richtigen Weg zurückfindet.

★

AUSSCHLUSSMETHODE "RUMPELSTILZCHEN"

Eine originelle Ausschlußmethode haben sich die Revisionisten in Steyr einfallen lassen. Als dort Genosse Franz Schmidberger, eines der fünf gemaßregelten und enthobenen Bezirksleitungsmitglieder, den im Zentralvorstand der Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter sitzenden Revisionisten Mascher zufällig begegnete, lud ihn dieser zu einer "Aktivistenzusammenkunft" ein. Auf die Frage, welchem Zweck die Zusammenkunft diene und welche Fragen auf der Tagesordnung stünden, antwortete Mascher mit den Worten: "Nichts Besonderes!" Genosse Schmidberger, der das wörtlich nahm und sich zeitlich nur sehr schwer hätte freimachen können, blieb der Zusammenkunft fern - doch wie überrascht war er, als er hinterher erfuhr, daß es sich um eine Versammlung gehandelt hatte, die - in einem kleinen Kreis "vertrauenswürdiger" Leute - den Antrag auf seinen Parteiausschluß abgestimmt hatte! Wir werden über diesen Vorfall und andere Vorgänge in der Bezirksorganisation Steyr noch ausführlicher berichten.

AUS GRAZ ERREICHT UNS FOLGENDER BRIEF:

Liebe "ROTE FAHNE" ! 20.10.1964

Zum Ausschluss unseres Freundes und Genossen Hubert H R A C H aus der KPÖ, der auch wir angehören, bitten wir um Platz in der RF für einige Worte an Hubert Hrach.

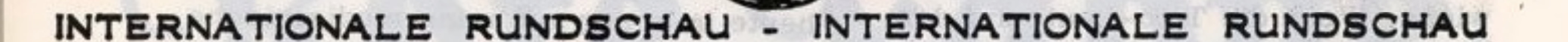
LIEBER HUBERT !

Wir Freunde und alten Genossen von Dir in der KPÖ grüßen Dich und sagen Dir, daß Du in unseren Augen immer der ehrliche, aufrechte Kommunist bist, der Du ja immer warst und sein wirst. Daß unsere Partei Dich ausgeschlossen hat, weil Du es wagtest, etwas anderes zu denken als es die m o m e n t a n e Linie vorschreibt und dabei vergessen hat, wie Du unermüdlich die ganzen Jahrzehnte hindurch aktive Parteiarbeit geleistet hast, ohne Dir je dafür eine bescheidene Anerkennung zu zollen, spricht für die Kurzsichtigkeit unserer Partei, die wahrlich nicht den Titel einer Massenpartei verdient, die es sich leisten kann, alte Genossen hinauszuwerfen.
Aber sei es wie immer, gerne wird man Dich wieder zurückholen wollen. Bleibe bitte unser ehrlicher Freund und Genosse, Hubert!

Einige Deiner Grazer Freunde in der KPÖ.

Der Brief, den wir wortgetreu abgedruckt haben, trägt einen eigentlich internen Vermerk, den wir aber ebenfalls mitteilen wollen, weil er über die i n n e r p a r t e i l i c h e D e m o k r a t i e in der KPÖ mehr aussagt als alle schönen Vorträge, die darüber in den letzten Jahren von Fürnberg bis Schneider gehalten worden sind. Der Vermerk lautet: "Wir können nicht unsere Namen nennen, denn wir leisten für unsere Sache mehr, wenn wir anonym bleiben!"
Die Redaktion der "Roten Fahne" kann den Grazer Genossen in dieser Hinsicht jedoch nicht beipflichten. Auch wenn die Parteimanager, wie sie das jetzt ja täglich beweisen, auf eine offene, aktive Kritik sofort mit Repressalien antworten, soll man sich - wie wir meinen - nicht in eine innerparteiliche Illegalität treiben lassen. Erst wenn alle Genossen, die die Schädlichkeit der Politik und der Methoden des Revisionismus schon erkannt haben, o f f e n a u f t r e t e n und h a n d e l n werden, wird die revolutionäre Woge entstehen, die den Revisionismus und seine Inquisitoren wegschwemmen wird.

Wir bitten unsere Leser, Nachsicht zu üben, wenn in der vorliegenden Nummer der "Roten Fahne" infolge der Überfülle der zu behandelnden Themen mehrere Rubriken weggelassen werden mußten. Wir werden das Versäumte in den folgenden Nummern nachzuholen versuchen. DIE REDAKTION.



INTERNATIONALE RUNDSCHAU - INTERNATIONALE RUNDSCHAU

ZWEIFELHAFTE LIBERALISIERUNG

Erst vor kurzem haben wir mitgeteilt, daß ein ungarischer Kommunist wegen Verteilung antirevisionistischer Literatur zu einer dreijährigen Kerkerstrafe verurteilt wurde. Ein informatives Gegenstück zu dieser Nachricht bildet nun ein offizielles Kommunique, das am 15.9. 1964 in der Vatikanstadt veröffentlicht wurde und das zeigt, daß der Revisionismus in Ungarn auch ein freundliches Gesicht hat. Laut Kommunique sind nämlich der Heilige Stuhl und die Regierung Ungarns übereingekommen, die schon seit einiger Zeit durchgeführten Verhandlungen zu forcieren, um zu einem "besseren gegenseitigen Verständnis" zu gelangen.

Die erste Frucht dieses besseren Verständnisses liegt schon vor. Es ist das kürzlich im Budapester Aussenministerium unterzeichnete Abkommen mit dem Vatikan, demzufolge die ungarische Regierung der Ernennung und Einsetzung von 5 Bischöfen für Ungarn zustimmt. Der Vertreter des Vatikans, Monsignore Casaroli, verbrachte den Tag vor der Unterzeichnung des Konkordats in der Budapester US-Botschaft, in der sich seit dem konterrevolutionären Aufstand von 1956 Kardinal Mindszenthy aufhält. Offenbar wurde dort über die neuen Möglichkeiten gesprochen, die sich nun in Ungarn für die vatikanische Politik ergeben. Das Abkommen selbst, in dem die ungarische Regierung das Nominierungsrecht des Vatikans in der ungarischen Kirchenhierarchie anerkennt, wurde von der Zeitung des Vatikans, "Osservatore Romano" als wichtiger Schritt zur Verbesserung der Lage der Kirche in Ungarn bezeichnet. Auch andere Blätter versprechen sich von ihm ein Aufleben des kirchlichen Einflusses in Ungarn.

Ob es gerade das ist, was der ungarischen Volksdemokratie zur Vollkommenheit fehlt?

★

OTTO GIBT RATSCHLÄGE

Wie die dpa am 27.10.1964 meldete, hat Otto Habsburg vor dem Münchner Exportklub eine Rede gehalten, in der er weissagte, die Sowjetunion werde - ganz egal, wer dort regiere - früher oder später gezwungen sein, sich auf breitester Basis mit dem Westen zu verständigen, um sich die Hände gegen China "freizumachen". Der Münchner Exportklub, der sich, wie man sieht, nicht nur um den Export von Waren, sondern auch um den Export der Ideen des Möchtegernkaisers Otto kümmert, gehört natürlich auch zu den Institutionen, die den Sturz Chruschtschows sehr bedauern.

★

AUSSCHLÜSSE - ANDERSWO

Die britische Elektrikergewerkschaft hat Ende September beschlossen, ab 1. Jänner 1965 alle Kommunisten von Funktionärsstellen der Organisation auszuschließen. Dem Beschluß gemäß werden alle Kommunisten, die bisher Funktionäre und Betriebsvertrauensmänner der Elektrikergewerkschaft waren, abgesetzt.

★

ZWEIMAL TITO

Der französische Rechtssozialist Guy Mollet, den Chruschtschow noch 1960 als "abgefeimten Imperialisten und Kolonialisten" bezeichnet hat (III. Partei-

tag der RAP, 21.6.1960), begeisterte sich in einem Interview über die sozialistischen Perspektiven Tito-Jugoslawiens. Wenn die Tito-Leute auf dem Wege der "wirtschaftlichen Demokratisierung" und der "wahren politischen Demokratie" so weitermachten, müsse man sie als "Pioniere des Sozialismus" begrüßen, meinte Mollet.

Tito selbst hielt bei seinem Besuch in Budapest Mitte September eine Rede, in der er erklärte, die "abenteuerliche Politik" des sozialistischen China stelle eine ebensogroße Gefahr dar wie der Kapitalismus.

★

IM DIENST DER VOLKSGESUNDHEIT

An der medizinischen Fakultät der Universität Tirana im sozialistischen Albanien erhielten heuer mehr Ärzte ihr Diplom als das Land im Jahre 1938 insgesamt an Ärzten aufzuweisen hatte. 1938 kam in Albanien auf je 10.000 Einwohner nicht einmal ein Arzt, jetzt kommt je einer auf knapp über 2.000 Einwohner, wobei sich dieses Verhältnis weiter rasch verbessert. Im Vergleich zu 1938 ist die Zahl der albanischen Gesundheitsinstitutionen auf das Siebzehnfache gewachsen. Das Land ist heute in bezug auf seine medizinische Fürsorge und auf die Leistungen des staatlichen Gesundheitsdienstes vorbildlich.

★

MORAL - HÜBEN UND DRÜBEN

Robert L. Moore, ehemaliger Kriegsteilnehmer und Absolvent der Harvard-Universität gab der Zeitschrift "US-News and World Report" kürzlich einen Bericht über seinen Aufenthalt an der südvietnamesischen Front, in dem er einige interessante Mitteilungen machte. "Allgemein gesprochen", sagte Moore, "lehnen die Vietnam-Offiziere den Kampf ab. Sie wollen sich nicht erschlagen lassen. In ihrem eigenen Krieg, auf ihrem eigenen Boden haben sie keine Lust, mehr zu kämpfen als die Amerikaner". Oft verlieren die Regierungstruppen ihre Waffen an die Vietkong. Bei gefangenen Vietkong-Kämpfern findet man zu 30 Prozent Waffen, die von Amerika geliefert wurden und den Besitzer wechselten.

Eigentümer, Herausgeber, Verleger, für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Franz S t r o b l , Wien 15., Goldschlagstr. 30/33

P.b.b. Erscheinungsort Wien Verlagspostamt Wien 101